



Evangelische Volkspartei  
Kanton Solothurn



André Wyss  
Kantonsrat Solothurn

## Sessionsbericht 20./21./28. März 2018

Am ersten Sessionstag sorgte eine dringliche Interpellation der SP für etwas Aufregung: Diese verlangte, dass noch in derselben Session, d.h. am dritten Sessionstag, über die Folgen der [Steuervorlage 17](#) diskutiert werden soll. Der gestellte Antrag hatte aber keine Chance. Zwar waren alle Fragen darin gut begründet und nachvollziehbar. Jedoch aber war die Mehrheit (so auch ich) der Meinung, dass dieses Geschäft im Rahmen des ordentlichen Ablaufs in den kommenden Monaten noch genügend besprochen wird und man dort als Kantonsrat somit noch oft die Möglichkeit haben wird, sich dazu zu äussern.

Am zweiten Sessionstag wurde der [Legislativplan 2017-2021](#) des Regierungsrats besprochen. Dabei war es selbst für langjährige Kantonsräte teils nicht ganz klar, wie dieser nun zu handhaben sei. Denn eigentlich kann der regierungsrätliche Legislativplan vom Kantonsrat nur zur Kenntnis genommen, nicht aber abgeändert werden. Diskussionen dazu sind somit eher «zur Kenntnisnahme» als «zur Änderung» gedacht – womit sich die Frage stellt, wie sinnvoll Anträge dann überhaupt sind. Es schien demnach auch, dass diese Plattform dazu genutzt wurde, die eigenen Parteiprogramme (noch einmal) kundtun zu können. Insgesamt waren es 8 Anträge, die zum Legislativplan eingereicht wurden.

Zu reden gab dabei vor allem die [Umfahrung Klus](#). Die SP und die Grünen würden es begrüßen, wenn dieses Legislativziel gestrichen würde. Sie blieben aber in der Minderheit, da die Notwendigkeit einer neuen Lösung in der Klus mehrheitlich (inkl. mir) unbestritten ist. Innerhalb der Umsetzung wird dann aber entscheidend sein, dass das Wohl von Mensch und Natur genügend berücksichtigt wird.

Am dritten Sessionstag wurden nur gerade 4 Geschäfte behandelt – traktandiert waren 31. Ein Thema, bei dem man sich ausnahmsweise über alle Parteigrenzen hinweg einig war, war der Auftrag zu einer [Standesinitiative zur Postversorgung](#). Dieser wurde vom Rat deutlich angenommen (mit einer Gegenstimme). Somit wurde der Regierungsrat beauftragt, die Standesinitiative auf Bundesebene einzureichen. Das Ziel ist, politischen Druck auszuüben und so einen weiteren Abbau von Poststellen im Kanton zu verhindern.

Das grösste Geschäft war die [Änderung des Volksschulgesetzes](#) («Neuregelung der speziellen Förderung»). Dabei am meisten diskutiert wurde die Frage, wie gross die Freiheiten des Schulträgers vor Ort sein dürfen. Die SVP sowie Teile aus den beiden Fraktionen FDP und CVP/EVP/glp/BDP (inkl. mir) stimmten für mehr Gemeindeautonomie und flexiblere Lösungen. Dies reichte aber knapp nicht und so blieb es beim ursprünglichen Gesetzestext. Das Gesetz wurde schlussendlich (ohne Zustimmung der SVP) angenommen.

### In Kürze

Nebenbei wurden auch noch ein paar wenige Interpellationen besprochen. Etwas Emotionen kamen beim Thema [Geschenke an die 100jährigen Solothurner/innen](#) auf, wo über die Sinnhaftigkeit der nicht ganz günstigen Geschenke diskutiert wurde. Nicht zu Unrecht wurde von der SVP argumentiert, dass die betroffenen Personen selber in der Regel nicht mehr wirklich viel von diesen Geschenken haben. Vorderhand bleibt diese Praxis aber so bestehen.

Weiter kam ein von den Grünen lanciertes [Veto gegen die Änderung der Schifffahrt und der Fischereiverordnung](#) auf den Tisch. Schlussendlich wurde das Veto mit 54 Nein zu 40 Ja (mit mir) relativ knapp abgelehnt. Die Verordnung bleibt somit so wie vom Regierungsrat beschlossen bestehen.

Die nächste Session findet im Mai (8./9./16.) statt.

*André Wyss*

[www.evp-so.ch](http://www.evp-so.ch) | [www.andrewyss.ch](http://www.andrewyss.ch)

## Persönlich

In dieser Session habe ich meinen ersten Vorstoss (kleine Anfrage) eingereicht mit dem Thema **«Strahlenbelastung in den Schulzimmern»**. Die angestrebte Digitalisierung an den öffentlichen Schulen führt dazu, dass WLAN in den Schulzimmern unerlässlich wird – wobei es zu bedenken gibt, dass die möglichen langfristigen gesundheitlichen Folgen bisher noch nicht bekannt sind. Der Vorstoss wurde von mehr als einem Viertel aller Kantonsräte unterzeichnet und kann auf meiner Webseite eingesehen werden.

Mein erstes Votum im Rat musste noch warten. Aufgrund der langen Traktandenliste kam «mein» Thema («Ermessensveranlagungen bei den Steuern») noch nicht zur Diskussion. In der nächsten Session dürfte es aber dann soweit sein.